



FDP-Fraktion - FDP | 13.02.2013 - 01:00

Zeichen gegen den Einsatz von Kindersoldaten



Am 12. Februar ist "Red Hand Day", der weltweite Aktionstag zum Protest gegen den Einsatz von Kindersoldaten. Mit einem roten Handabdruck konnte jeder im Vorfeld ein Zeichen setzen. Der "Red Hand Day" sei ein gutes Beispiel für menschenrechtliches Engagement, unterstrich der Menschenrechtsbeauftragte, **Markus Löning**. Entwicklungsminister **Dirk Niebel** verurteilte den Einsatz von Kindersoldaten als verabscheuungswürdige Menschenrechtsverletzung.

Der "Red Hand Day" hat seinen Ursprung in Deutschland. Das Symbol der roten Hand wurde durch den internationalen NGO-Verbund "Coalition to stop the use of child soldiers" für die weltweite Kampagne gegen den Missbrauch von Kindersoldaten eingeführt. "Kinder leiden in bewaffneten Konflikten am meisten: Durch Tod, Hunger, Verletzungen oder durch Rekrutierung als Kindersoldaten, Angriffe auf ihr Zuhause oder ihre Schulen oder den Verlust ihrer Angehörigen", unterstrich der Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechte, Markus Löning (FDP). Die Bundesregierung setze sich weltweit für den Schutz von Kinderrechten und gegen die Rekrutierung von Kindersoldaten ein. Diese Bemühungen zeigten beispielsweise in Myanmar bereits Wirkung, hier werden Kindersoldaten demobilisiert.

BMZ hilft ehemaligen Kindersoldaten

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel, erklärte: "Kinder zum Kämpfen und Töten im Krieg zu missbrauchen, ist eine verabscheuungswürdige Menschenrechtsverletzung. Immer noch werden weltweit rund 250.000 Minderjährige von Armeen und bewaffneten Gruppen als Kämpfer oder Arbeitskräfte missbraucht und zu Gräueltaten gezwungen. Auch

die aktuellen Berichte aus Mali sind beunruhigend. Kindersoldaten werden durch ihre Erfahrungen stark traumatisiert und leiden unter den seelischen und körperlichen Folgen oft ein Leben lang. Die Situation von Mädchen ist dabei besonders grausam, denn sie werden in den Armeen und Rebellengruppen häufig Opfer sexueller Gewalt."

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat sich zum Ziel gesetzt, ehemaligen Kindersoldaten zu helfen, ihren Weg in ein normales Leben zu finden und eine Zukunftsperspektive zu schaffen. Aktuell unterstützt das BMZ beispielsweise in der Demokratischen Republik Kongo das nationale Demobilisierungs- und Reintegrationsprogramm: Berufliche Grundausbildung, beschäftigungsintensive Infrastrukturmaßnahmen und der Landwirtschaftssektor ermöglichen Flüchtlingen und ehemaligen Kämpfern, in das zivile Leben zurückzukehren.

Kampf gegen Kindersoldaten ist zentrale Aufgabe

"Der Kampf gegen den Missbrauch von Kindern als Kindersoldaten in bewaffneten Konflikten gehört zu den zentralen Aufgaben der deutschen Menschenrechtspolitik", erklärte FDP-Menschenrechtspolitiker **Pascal Kober**. Der Einsatz für die weltweite Demobilisierung und Reintegration aller Kindersoldaten sei "eine zwingende ethische Verpflichtung und zugleich unabdingbare Voraussetzung für die Aussöhnung und den Wiederaufbau in von Bürgerkriegen zerrissenen Ländern". Um den Aufbau funktionierender Zivilgesellschaften zu fördern, müssten für Kinder langfristige und gewaltfreie Perspektiven eröffnet werden, so Kober.

Kober sicherte Entwicklungsminister Dirk Niebel die volle Unterstützung der FDP-Fraktion bei den zahlreichen Maßnahmen zur Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration von Kindersoldaten zu. Der Schwerpunkt der Kooperationen liege auf zentralafrikanischen Staaten. Solche Projekte unterstütze Deutschland beispielsweise in Burundi, im Kongo, im Sudan und in Uganda. Thematisch lege Deutschland bei der Entwicklungskooperation besonderen Wert auf die Bildungskomponente. "Zugang zu Grundbildung und die Qualifizierung für den Arbeitsmarkt sind nachweislich die wichtigste Voraussetzung für den Aufbau einer gewaltfreien und verantwortungsvollen Zivilgesellschaft", unterstrich Kober. Überdies stelle Bildung die beste Prävention gegen Gewalt dar, da sie Kindern und Jugendlichen Selbstbewusstsein, berufliche Alternativen und die Perspektive eines Lebens in Frieden und frei von Armut biete.

Die FDP-Fraktion im Bundestag hatte bei einem Aktionstag im Bundestag die roten Handabdrücke von Abgeordneten und Besuchern gesammelt.

Hintergrund

Am 12. Februar 2002 trat das Fakultativprotokoll zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten in Kraft. Darin wurde vereinbart, dass Kinder unter 18 Jahren nicht zwangsweise zum Dienst an der Waffe eingezogen werden dürfen. Deutschland hat das Fakultativprotokoll am 13. Dezember 2004 ratifiziert.

Quell-URL: <https://www.liberales.de/content/zeichen-gegen-den-einsatz-von-kindersoldaten#comment-0>